

VERLAUTBARUNGSBLATT DER WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

Jahrgang 2024

Freigegeben am 4. Dezember 2024

4. Stück

4. Sitzung: Novellen der VIAC Schieds- und Mediationsordnung 2021 und der VIAC Schieds- und Mediationsordnung für Investitionsverfahren 2021 sowie der VIAC Rules of Arbitration and Mediation 2021 und der VIAC Rules of Investment Arbitration and Mediation 2021

4. Beschluss des Erweiterten Präsidiums vom 27.11.2024 betreffend Novellen der VIAC Schieds- und Mediationsordnung 2021 und der VIAC Schieds- und Mediationsordnung für Investitionsverfahren 2021 sowie der VIAC Rules of Arbitration and Mediation 2021 und der VIAC Rules of Investment Arbitration and Mediation 2021

Das Erweiterte Präsidium hat beschlossen:

I.

Die VIAC Schieds- und Mediationsordnung 2021, Verlautbarungsblatt der Wirtschaftskammer Österreich Nr. 2/2022 in der Fassung des Verlautbarungsblattes der Wirtschaftskammer Österreich Nr. 7/2022, wird wie folgt geändert:

I.a. VIAC Schiedsordnung („Wiener Regeln“):

1. Art 10 Abs 5 lautet:

„Wird vor, während oder nach der Durchführung eines Schiedsverfahrens nach den Wiener Regeln ein Verfahren nach den Wiener Mediationsregeln zwischen denselben Parteien über denselben Verfahrensgegenstand eingeleitet, wird die Einschreibgebühr des ersten Verfahrens auf die Einschreibgebühr des zweiten Verfahrens angerechnet.“

2. In Art 20 Abs 3 werden im dritten Satz die Wörter „Das Präsidium“ durch „Der Generalsekretär“ ersetzt.

3. Art 47 inklusive seiner Überschrift lautet:

„IN-KRAFT-TRETEN UND ÜBERGANGSBESTIMMUNG

Die Wiener Regeln 2021 sind seit 1.7.2021 in Kraft und gelten für alle nach dem 30.6.2021 begonnenen Verfahren. Diese Version der Wiener Regeln 2021 in der Fassung des Beschlusses

des Erweiterten Präsidiums der Wirtschaftskammer Österreich vom 27.11.2024, die am 1.1.2025 in Kraft tritt, gilt für alle Verfahren, die nach dem 31.12.2024 begonnen werden ("Wiener Regeln 2021 in der Fassung vom 1.1.2025").“

1.b. VIAC Mediationsordnung ("Wiener Mediationsregeln"):

4. Art 4 Abs 2,3 und 4 lauten:

„(2) Die Einschreibegebühr wird nicht zurückerstattet. Die Einschreibegebühr wird nicht auf den Kostenvorschuss der erlegenden Partei angerechnet.

(3) Wird vor, während oder nach der Durchführung eines Verfahrens nach den Wiener Mediationsregeln ein Schiedsverfahren nach den Wiener Regeln zwischen denselben Parteien über denselben Verfahrensgegenstand eingeleitet, wird die Einschreibegebühr des ersten Verfahrens auf die Einschreibegebühr des zweiten Verfahrens angerechnet.

(4) Die Frist zur Zahlung der Einschreibegebühr kann vom Generalsekretär angemessen verlängert werden. Wird die Zahlung nicht fristgerecht geleistet, kann der Generalsekretär das Verfahren nach den Wiener Mediationsregeln für beendet erklären.“

5. Art 4 Abs 5 entfällt.

6. Art 8 Abs 1 wird am Ende ergänzt durch die Sätze:

„Die Verwaltungskosten werden aufgrund des Streitwertes nach der Kostentabelle (Anhang 3) berechnet. Die in der Kostentabelle (Anhang 3) angegebenen Beträge sind die jeweiligen Höchstbeträge.“

7. Art 8 Abs 4 und 5 lauten:

„(4) Nach Beendigung des Verfahrens werden die Verwaltungskosten sowie das Honorar des Mediators vom Generalsekretär berechnet und gemeinsam mit den Auslagen bestimmt. Die Verwaltungskosten des VIAC werden nach dem Ermessen des Generalsekretärs unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Falles festgesetzt und dürfen die in der Kostentabelle (Anhang 3) angegebenen Höchstbeträge nicht überschreiten.

(5) Der Generalsekretär kann den Streitwert abweichend von den Angaben der Parteien festlegen, wenn eine Streitsache von den Parteien erkennbar unrichtig oder nicht bewertet wurde.“

8. In Art 9 Abs 5 wird das Wort „gewissenhaft“ durch die Wörter „im guten Glauben“ ersetzt.

9. Art 10 lautet:

„(1) Haben die Parteien nichts anderes vereinbart, ist es ungeachtet der Durchführung eines Verfahrens nach den Wiener Mediationsregeln zulässig, dass eine Partei ein gerichtliches, schiedsgerichtliches oder sonstiges Verfahren in Bezug auf den Streitfall einleitet oder ein bereits anhängiges Verfahren fortführt.

(2) Haben die Parteien Mediation unter Ausschluss von Parallelverfahren vereinbart, gelten folgende Bestimmungen, sofern die Parteien nicht schriftlich etwas anderes vereinbart haben:

2.1 Die Mediation wird von einem Mediator geführt.

2.2 Der Mediator wird von den Parteien gemeinsam benannt. Einigen sich die Parteien nicht auf einen Mediator, so erfolgt die Bestellung durch das Präsidium gemäß Art 7.

2.3 Der von den Parteien nominierte oder vom Präsidium bestellte Mediator muss über die für die Ausübung seiner Funktion erforderlichen Qualifikationen verfügen. Im Falle einer Bestellung durch das Präsidium gelten diese Qualifikationen für Mediatoren als gegeben, die in der VIAC Liste von Mediations- und ADR-Praktiker:innen geführt sind und wenn das Präsidium keine Zweifel hat, dass der Mediator in der Lage ist, sein Mandat im Einklang mit Art 7 Abs 4 ordnungsgemäß auszuführen.

2.4 Der Ort der Sitzungen wird von den Parteien einvernehmlich festgelegt, andernfalls vom Mediator nach Art 5 bestimmt.

2.5 Falls der Streitfall nicht innerhalb von drei Monaten ab Beginn des Verfahrens (Art 3) beigelegt wurde oder falls die Mediation nach Art 11 (ausgenommen Abs 1.2) beendet wird, sind Parallelverfahren nicht mehr ausgeschlossen und die Parteien können ein gerichtliches, schiedsgerichtliches oder sonstiges Verfahren in Bezug auf den Streitfall einleiten.“

10. Art 14 inklusive seiner Überschrift lautet:

„IN-KRAFT-TRETEN UND ÜBERGANGSBESTIMMUNG

Die Wiener Mediationsregeln 2021 sind seit 1.7.2021 in Kraft und gelten für alle nach dem 30.6.2021 begonnenen Verfahren. Diese Version der Wiener Mediationsregeln 2021 in der Fassung des Beschlusses des Erweiterten Präsidiums der Wirtschaftskammer Österreich vom 27.11.2024, die am 1.1.2025 in Kraft tritt, gilt für alle Verfahren, die nach dem 31.12.2024 begonnen werden ("Wiener Mediationsregeln 2021 in der Fassung vom 1.1.2025").“

I.c. Anhänge zur VIAC Schieds- und Mediationsordnung:

11. Die Fußnote zur Überschrift des Teiles III „Anhänge zur VIAC Schieds- und Mediationsordnung“ lautet:

„Die Anhänge 1-7 sind Bestandteil der VIAC Schiedsordnung und der VIAC Mediationsordnung“.

12. In Anhang 1 Musterklauseln folgt nach der Überschrift Mediationsklauseln folgender Text:

„Wenn die Parteien ihre Streitigkeiten einem Mediationsverfahren nach den Wiener Mediationsregeln unterwerfen wollen, können sie eine Mediationsklausel in einer der folgenden Formen abschließen (Überschriften gehören nicht zum Text der Klausel. Wörter/Felder in eckigen Klammern sollen entsprechend gestrichen/ergänzt werden):

Musterklausel 1: Mediationsvereinbarung zur Integration in einen Vertrag

Die Parteien vereinbaren hinsichtlich aller Streitigkeiten oder Ansprüche, die sich aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ergeben, einschließlich Streitigkeiten über dessen Gültigkeit, Verletzung, Auflösung oder Nichtigkeit, die Durchführung eines Mediationsverfahrens gemäß der Mediationsordnung („Wiener Mediationsregeln“) der Internationalen Schiedsinstitution der Wirtschaftskammer Österreich (VIAC).

Musterklausel 2: Anlassbezogene Mediationsvereinbarung

Die Parteien vereinbaren hinsichtlich aller Streitigkeiten oder Ansprüche im Zusammenhang mit dem nachfolgend beschriebenen Streitfall die Durchführung eines Mediationsverfahrens nach der Mediationsordnung („Wiener Mediationsregeln“) der Internationalen Schiedsinstitution der Wirtschaftskammer Österreich (VIAC): [Beschreibung des Streitfalls].

ERGÄNZENDE VEREINBARUNGEN ZU DEN MEDIATIONSKLAUSELN

Die Parteien können ergänzend auch Folgendes vereinbaren:

(1) Anzahl der Mediatoren (falls mehr als ein Mediator tätig werden soll)

Die Anzahl der Mediatoren beträgt: [Zahl einsetzen (zB zwei)]. Die Bestellungsregeln gelten für jeden Mediator.

(2) Ort der Mediationssitzungen

Der Ort der Sitzungen:

- ist [Ort einsetzen].
- wird vom Mediator bestimmt.

(3) Sprache

Die im Mediationsverfahren zu verwendende(n) Sprache(n) ist/sind: [Sprache(n) einsetzen].

(4) Bestellung des Mediators

Der Mediator/die Mediatoren

- ist/sind [Name(n) einfügen], vorbehaltlich der Bestätigung durch den Generalsekretär oder das VIAC Präsidium gemäß der Wiener Mediationsregeln. Sollte keine Bestätigung erteilt werden, erfolgt eine Bestellung gemäß den Wiener Mediationsregeln.
- wird/werden gemeinsam von den Parteien benannt. Einigen sich die Parteien nicht auf den Mediator/die Mediatoren, so erfolgt die Bestellung durch das VIAC Präsidium gemäß der Wiener Mediationsregeln.

(5) Qualifikation des Mediators

Der Mediator/die Mediatoren

- muss/müssen über die für die Ausübung ihrer Funktion bzw Funktionen erforderliche Befähigung verfügen.
- muss/müssen neben der erforderlichen Befähigung auch über folgende Qualifikationen aufweisen: [die von den Parteien gewünschten Qualifikationen einfügen].

Im Falle einer Bestellung durch das VIAC Präsidium gilt die entsprechende Befähigung als gegeben, wenn der Mediator/ die Mediatoren in der VIAC Liste von Mediations- und ADR-Praktiker:innen geführt wird und das VIAC Präsidium keine Zweifel an der Befähigung des Mediators/der Mediatoren hat, sein bzw ihr Mandat ordnungsgemäß auszuüben.

(6) Ergänzendes Schiedsverfahren

Die Parteien vereinbaren, dass, sofern eine Partei ihre Streitigkeiten oder Ansprüche außerhalb der Mediation entscheiden will, diese nach der Schiedsordnung (Wiener Regeln) der Internationalen Schiedsinstitution der Wirtschaftskammer Österreich (VIAC) von einem oder drei gemäß diesen Regeln bestellten Schiedsrichtern endgültig entschieden werden.

(7) Ausschluss von Parallelverfahren

Die Parteien vereinbaren, hinsichtlich aller Streitigkeiten oder Ansprüche, die dieser Vereinbarung unterliegen, zuerst ein Mediationsverfahren durchzuführen. Nur wenn der Streitfall nicht innerhalb von [Frist einfügen (zB 90 Tagen, längsten jedoch sechs Monate)] ab Beginn des Verfahrens im Sinne der Wiener Mediationsregeln durch Mediation beigelegt wurde, kann ein gerichtliches, schiedsgerichtliches oder sonstiges Verfahren in Bezug auf diese Streitigkeit oder diesen Anspruch eingeleitet oder fortgesetzt werden, mit Ausnahme von Verfahren zur Erlangung einstweiliger oder sichernder Maßnahmen.“

13. Der Anhang 1 Musterklauseln wird am Ende um folgenden Text ergänzt:

„MUSTERKLAUSEL FÜR GESELLSCHAFTSVERTRÄGE UND STATUTEN

Wenn Parteien, insbesondere in einem Gesellschaftsvertrag, eine Schiedsklausel vereinbaren wollen, mit der Intention der Wirkungserstreckung des Schiedsspruchs auf Gesellschafter oder die Gesellschaft, die nicht als Parteien des Schiedsverfahrens genannt sind, können sie die folgende Schiedsklausel aufnehmen. Die Schiedsklausel ist dabei vollständig aufzunehmen:

Alle Streitigkeiten oder Ansprüche, die sich zwischen Gesellschaftern, zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern, zwischen der Gesellschaft und ihren Organen oder zwischen Organen aus oder im Zusammenhang mit diesem Gesellschaftsvertrag ergeben, einschließlich Streitigkeiten über dessen Gültigkeit, Verletzung, Auflösung oder Nichtigkeit, werden nach der Schiedsordnung (Wiener Regeln) der Internationalen Schiedsinstitution der Wirtschaftskammer Österreich (VIAC) von einem oder drei gemäß diesen Regeln bestellten Schiedsrichtern endgültig entschieden. Der Schiedsort ist Wien [oder ein anderer Ort in Österreich].

Für Streitigkeiten in denen eine Erstreckung der Wirkungen des Schiedsspruchs auf Gesellschafter oder die Gesellschaft, die nicht als Parteien des Schiedsverfahrens genannt sind, intendiert ist, wie insbesondere Streitigkeiten über Beschlüsse der Gesellschafter, einschließlich Streitigkeiten über deren Anfechtbarkeit, Mangelhaftigkeit oder Nichtigkeit, gelten die folgenden besonderen Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte:

Verfahrenseinleitung

(1) Der Generalsekretär übermittelt dem Beklagten und den benannten Betroffenen (Art 2 Abs 1 Anhang 7 Wiener Regeln) die Schiedsklage nach Maßgabe des Art 7 Abs 4 Wiener Regeln.

(2) Der Beklagte kann in seiner Klagebeantwortung (Art 8 Wiener Regeln) und der benannte Betroffene in seiner Beitrittserklärung (Art 3 Anhang 7 Wiener Regeln) weitere - nicht vom Schiedskläger benannte - Betroffene unter Anführung des vollständigen Namens samt Anschriften, einschließlich E-Mail-Adressen, und Kontaktdaten benennen.

(3) Ist die Gesellschaft Beklagte, so hat sie alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Einbeziehung sämtlicher Betroffenen sicherzustellen.

(4) Der Generalsekretär hat nach Art 2 Abs 3 Anhang 7 Wiener Regeln vorzugehen, wenn weitere Betroffene benannt werden.

Beitrittsmöglichkeit

(5) Der Generalsekretär fordert die benannten Betroffenen auf, binnen 30 Tagen nach Erhalt der Schiedsklage bzw. der Klagebeantwortung eine Beitrittserklärung abzugeben. Der Generalsekretär weist benannte Betroffene gleichzeitig auf ihre Antragsmöglichkeiten gemäß Art 8 Anhang 7 Wiener Regeln hin.

(6) Sollte die Beitrittserklärung nach Artikel 2 Abs 4 Anhang 7 Wiener Regeln weitere benannte Betroffene bekannt machen, so sind dem neu benannten Betroffenen die Schiedsklage und die Klagebeantwortung in Papierform sowie eine Ausfertigung der ihn benennenden Beitrittserklärung mit der Aufforderung zuzustellen binnen 30 Tagen nach Erhalt einer Beitrittserklärung in Sinne dieses Artikel 3 Anhang 7 Wiener Regeln abzugeben.

Beitritt

(7) Durch fristgerechte Einbringung der Beitrittserklärung tritt der benannte Betroffene dem Verfahren bei („beigetreter Betroffener“). Der Generalsekretär übermittelt die gemäß Art 3 Anhang 7 Wiener Regeln eingebrachten Beitrittserklärungen den Parteien.

(8) Mit Zustimmung des Klägers und des Beklagten kann der beitretende Betroffene dem Schiedsverfahren als Partei auf Seiten des Klägers oder des Beklagten beitreten.

(9) Vor Fallübergabe (Art 11 Wiener Regeln) informiert der Generalsekretär alle Parteien und jene benannten Betroffenen, deren Beitrittsfrist noch nicht abgelaufen ist, über den Beitritt eines Betroffenen in elektronischer Form.

(10) Bringt ein benannter Betroffener seine Beitrittserklärung nicht fristgerecht ein, gilt dies als Verzicht auf das Recht, an der Bildung des Schiedsgerichts mitzuwirken. Die Möglichkeit des benannten Betroffenen, dem Schiedsverfahren als Nebenintervenient (Art 5 Anhang 7 Wiener Regeln) beizutreten bleibt davon unberührt.

(11) Tritt ein benannter Betroffener dem Schiedsverfahren nach Ablauf der in Art 3 Abs 1 Anhang 7 Wiener Regeln genannten Frist als Nebenintervenient bei, so gilt dies als (i) Zustimmung zu dem gebildeten Schiedsgericht und (ii) Annahme des Verfahrens in der Lage, in der es sich im Zeitpunkt des Beitritts befindet.

Nebenintervention

(12) Betroffene können dem Schiedsverfahren bis zu dessen Beendigung (Art 34 Wiener Regeln) zu jedem Zeitpunkt als Nebenintervenient beitreten.

(13) Über die Einbeziehung entscheidet das Schiedsgericht gemäß Art 14 Abs 1 und 2 Wiener Regeln mit der Maßgabe, dass der benannte Betroffene da

Bildung des Schiedsgerichts

(14) Ist der Rechtsstreit von einem Einzelschiedsrichter zu entscheiden, werden die Parteien und beigetretenen Betroffenen vom Generalsekretär aufgefordert, binnen 30 Tagen ab Zustellung der Aufforderung gemeinsam einen Einzelschiedsrichter zu benennen und dessen Name samt Anschrift, einschließlich E-Mail-Adresse, und Kontaktdaten bekannt zu geben. Wird eine

solche Benennung nicht fristgerecht vorgenommen, wird der Einzelschiedsrichter vom Präsidium bestellt. Für die Fristberechnung ist der Tag maßgeblich, an dem die Partei oder der beigetretene Betroffene die Aufforderung als Letzter erhalten hat (Art 12 Wiener Regeln).

(15) Ist der Rechtsstreit von einem Schiedsrichterssenat zu entscheiden, haben die Parteien und beigetretenen Betroffenen auf der Kläger- und der Beklagenseite jeweils gemeinsam einen Schiedsrichter zu benennen. Abweichend von Art 7 Abs 2.5 und Art 8 Abs 2.4 Wiener Regeln ist eine Benennung eines Schiedsrichters in der Schiedsklage oder der Klagebeantwortung lediglich ein unverbindlicher Vorschlag. Die Parteien und die gemäß Art 3 Abs 1 Anhang 7 Wiener Regeln fristgerecht beigetretenen Betroffenen auf der Kläger- und der Beklagenseite werden jeweils vom Generalsekretär aufgefordert, binnen 30 Tagen ab Zustellung der Aufforderung gemeinsam einen Schiedsrichter zu benennen. Für die Fristberechnung ist der Tag maßgeblich, an dem die Partei oder der beigetretene Betroffene die Aufforderung als Letzter erhalten hat (Art 12 Wiener Regeln). Wird ein gemeinsamer Schiedsrichter nicht fristgerecht benannt, so hat das Präsidium nach Art 18 Abs 4 Wiener Regeln vorzugehen.

(16) Die in Art 19 Abs 1 Wiener Regeln vorgesehene Weiterleitung der Erklärungen gemäß Art 16 Abs 3 und 4 sowie die in Art 19 Abs 2 Wiener Regeln ermöglichte Einholung von Stellungnahmen gilt auch für beigetretene Betroffene. Beigetretene Betroffene können die Ablehnung von Schiedsrichtern nach Art 20 Wiener Regeln geltend machen.

Verfahrenskonzentration durch Verfahrensverbindung

(17) Zwei oder mehrere Schiedsverfahren, die denselben Beschluss zum Gegenstand haben, sind vom Präsidium auf Antrag einer Partei, eines beigetretenen Betroffenen oder auf Vorschlag des Generalsekretärs in sinngemäßer Anwendung von Art 15 Wiener Regeln zu verbinden. In Abweichung von Art 15 Abs 1.1. Wiener Regeln ist die Verbindung auch dann zulässig, wenn nicht alle Parteien und beigetretenen Betroffenen zustimmen.

(18) Falls ein Antrag auf Verbindung vor der Bestätigung der Benennung oder der Bestellung eines Schiedsrichters gestellt wird, richtet sich die Bildung des Schiedsgerichts nach Art 6 Anhang 7 Wiener Regeln. Nach diesem Zeitpunkt werden die Schiedsverfahren in das zuerst anhängig gemachte Schiedsverfahren verbunden, sofern die Parteien und beigetretenen Betroffenen nichts anderes vereinbaren. In diesem Fall kann das Präsidium bereits vorgenommene Bestellungen widerrufen und die Neubildung des Schiedsgerichts im Sinne des in Art 6 Anhang 7 Wiener Regeln geregelten Verfahrens anordnen.

Informationen über den Verlauf des Schiedsverfahrens

(19) Auf Antrag informiert das Schiedsgericht die benannten Betroffenen über den Verlauf des Schiedsverfahrens durch Übermittlung (Art 12 Abs 2 Wiener Regeln) von Schriftsätzen der Parteien oder Nebenintervenienten sowie schiedsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen.

(20) Das Schiedsgericht kann Betroffenen, die einen entsprechenden Antrag gestellt haben, über sonstige Aktenbestandteile unterrichten, wenn es der Auffassung ist, dass diese Information für die Wahrnehmung des Rechtes eines Betroffenen am Verfahren als Nebenintervenient teilzunehmen maßgeblich sein kann.

Schiedsspruch

(21) Der Schiedsspruch wird den Parteien, den beigetretenen Betroffenen sowie sonstigen Nebenintervenienten gemäß Art 36 Abs 5 Wiener Regeln übermittelt.“

14. Die Fußnoten zu Anhang 1 Musterklauseln entfallen.

15. In Anhang 3 lautet die Fußnote zur Überschrift Anhang 3 Kostentabelle:

„siehe den Kostenrechner auf der VIAC-Website (<https://www.viac.eu/de/schiedsverfahren/kostenrechner>)“.

16. In Anhang 3 Kostentabelle werden die Überschriften „Einschreibengebühr“ und „Verwaltungskosten“ um die Beifügung „für Schiedsverfahren“ ergänzt.

17. In Anhang 3 Kostentabelle lautet die Fußnote zur Überschrift „Einschreibengebühr für Schiedsverfahren“:

„siehe Art 10 Wiener Regeln“.

18. In Anhang 3 Kostentabelle lautet die Fußnote zur Überschrift „Verwaltungskosten für Schiedsverfahren“:

„siehe Art 44 Abs 2 und 4 Wiener Regeln“.

19. In Anhang 3 Kostentabelle wird nach der Kostentabelle für die Verwaltungskosten für Schiedsverfahren und vor der Kostentabelle für Honorare für Einzelschiedsrichter Folgendes eingeschoben:

„Gebühren für Mediationsverfahren

Einschreibengebühr	EUR
Pauschale	500

Verwaltungskosten		
Streitwert in EURO		Höchsttarif in EURO
von	bis	
	500.000	2.000
500.001	5.000.000	5.000
über 5.000.001		10.000

”.

20. In Anhang 3 Kostentabelle lautet die Fußnote zur Überschrift „Gebühren für Mediationsverfahren“:

„siehe Art 4 Wiener Mediationsregeln; Art 8 Abs 1 und 4 Wiener Mediationsregeln“.

21. In Anhang 3 Kostentabelle lautet die Fußnote zur Überschrift „Honorare für Einzelschiedsrichter“:

„siehe insb Art 44 Abs 2, 4, 8 und 11 Wiener Regeln“.

22. In Anhang 3 Kostentabelle lautet die Fußnote zur Kostentabelle für die Honorare für Einzelschiedsrichter:

„ü.B. = übersteigender Betrag“.

23. Der Teil III Anhänge zur VIAC Schieds- und Mediationsordnung wird um den folgenden Anhang ergänzt:

„ANHANG 7

ERGÄNZENDE REGELN FÜR GESELLSCHAFTSRECHTLICHE STREITIGKEITEN

Die in diesem Anhang 7 festgelegten Ergänzenden Regeln für Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten mit intendierter Wirkungserstreckung sind anzuwenden, wenn die Parteien sich, insbesondere in einer in einem Gesellschaftsvertrag enthaltenen Schiedsklausel, auf die Anwendung der Wiener Regeln geeinigt haben.

ANWENDUNGSBEREICH

Artikel 1

(1) Die in Anhang 7 festgelegten Ergänzenden Regeln für Gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten finden Anwendung auf gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten in denen eine Erstreckung der Wirkungen des Schiedsspruchs auf Gesellschafter oder die Gesellschaft, die nicht als Parteien des Schiedsverfahrens genannt sind, intendiert ist, wie insbesondere Streitigkeiten über Beschlüsse der Gesellschafter, einschließlich Streitigkeiten über deren Anfechtbarkeit, Mangelhaftigkeit oder Nichtigkeit, sofern nichts anderes vereinbart wurde.

(2) Auf das Schiedsverfahren finden die Wiener Regeln in der bei Beginn des Schiedsverfahrens (Art 7 Abs 1) geltenden Fassung Anwendung.

BENENNUNG DER BETROFFENEN

Artikel 2

(1) Die Schiedsklage hat zusätzlich zu den in Art 7 Abs 2 genannten Angaben den vollständigen Namen samt Anschriften, einschließlich E-Mail-Adressen, und Kontaktdaten der Gesellschafter und Personen („benannte Betroffenen“) zu enthalten, auf die sich die Wirkungen des Schiedsspruchs kraft Beschaffenheit des streitigen Rechtsverhältnisses oder kraft gesetzlicher Vorschrift erstrecken sollen.

(2) Zusätzlich zu Art 12 Abs 1 ist die Schiedsklage samt Beilagen in elektronischer Form und in Papierform in so vielen Exemplaren einzubringen, dass jeder benannte Betroffene ein Exemplar erhält.

(3) Der Generalsekretär übermittelt dem Beklagten und den benannten Betroffenen die Schiedsklage nach Maßgabe des Art 7 Abs 4.

(4) Der Beklagte kann in seiner Klagebeantwortung (Art 8) und der benannte Betroffene in seiner Beitrittserklärung (Art 3 Anhang 7) weitere - nicht vom Schiedskläger benannte - Betroffene unter Anführung des vollständigen Namens samt Anschriften, einschließlich E-Mail-Adressen, und Kontaktdaten benennen.

(5) Ist die Gesellschaft Beklagte, so hat sie alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Einbeziehung sämtlicher Betroffenen sicherzustellen. Sie hat nach Aufforderung des Generalsekretärs, innerhalb einer vom Generalsekretär zu setzenden Frist über die getroffenen Maßnahmen Auskunft zu erteilen.

(6) Die Parteien haben nach Aufforderung des Generalsekretärs, innerhalb einer vom Generalsekretär zu setzenden Frist, weitere Exemplare der Schiedsklage bzw. Klagebeantwortung in Papierform für nachträglich benannte Betroffene einzubringen. Kommen die Parteien einem diesbezüglichen Verbesserungsauftrag innerhalb der gesetzten Frist nicht nach, kann der Generalsekretär das Verfahren ebenfalls für beendet erklären (Art 34 Abs 3).

(7) Der Generalsekretär hat nach Abs 3 dieses Artikels vorzugehen, wenn weitere Betroffene benannt werden.

BEITRITTSMÖGLICHKEIT

Artikel 3

(1) Der Generalsekretär fordert die benannten Betroffenen auf, binnen 30 Tagen nach Erhalt der Schiedsklage bzw. der Klagebeantwortung eine Beitrittserklärung abzugeben. Der Generalsekretär weist benannte Betroffene gleichzeitig auf ihre Antragsmöglichkeiten gemäß Art 8 Anhang 7 hin.

(2) Die Beitrittserklärung ist beim Sekretariat des VIAC in elektronischer Form einzubringen.

(3) Die Beitrittserklärung hat folgende Angaben zu enthalten:

3.1 den vollständigen Namen samt Anschriften, einschließlich E-Mail-Adressen, und Kontaktdaten sowie etwaige Angaben zur Nationalität des Betroffenen;

3.2 Angaben, ob der Betroffene dem Schiedsverfahren auf Seiten des Klägers oder des Beklagten als Nebenintervenient (Art 5 Anhang 7) beitreten will;

3.3 Angaben, ob der Betroffene dem Schiedsverfahren auf Seiten des Klägers oder des Beklagten als Partei beitreten will.

(4) Sollte die Beitrittserklärung nach Art 2 Abs 4 Anhang 7 weitere benannte Betroffene bekannt machen, so sind dem neu benannten Betroffenen die Schiedsklage und die Klagebeantwortung in Papierform sowie eine Ausfertigung der ihn benennenden Beitrittserklärung mit der Aufforderung zuzustellen binnen 30 Tagen nach Erhalt eine Beitrittserklärung in Sinne dieses Artikel 3 abzugeben.

BEITRITT DER BETROFFENEN PERSONEN

Artikel 4

(1) Durch fristgerechte Einbringung der Beitrittserklärung tritt der benannte Betroffene dem Verfahren bei („beigetretener Betroffener“). Der Generalsekretär übermittelt die gemäß Art 3 Anhang 7 eingebrachten Beitrittserklärungen den Parteien.

(2) Mit Zustimmung des Klägers und des Beklagten kann der beitretende Betroffene dem Schiedsverfahren als Partei auf Seiten des Klägers oder des Beklagten beitreten. Hat ein beitretender Betroffener beantragt, als Partei auf Seiten des Klägers oder des Beklagten beizutreten, fordert der Generalsekretär, innerhalb einer vom Generalsekretär zu setzenden Frist, den Kläger und den Beklagten auf dem Antrag zuzustimmen oder abzulehnen.

(3) Vor Fallübergabe (Art 11) informiert der Generalsekretär alle Parteien und jene benannten Betroffenen, deren Beitrittsfrist noch nicht abgelaufen ist, über den Beitritt eines Betroffenen in elektronischer Form.

(4) Bringt ein benannter Betroffener seine Beitrittserklärung nicht fristgerecht ein, gilt dies als Verzicht auf das Recht, an der Bildung des Schiedsgerichts mitzuwirken. Die Möglichkeit des

benannten Betroffenen, dem Schiedsverfahren als Nebenintervenient (Art 5 Anhang 7) beizutreten bleibt davon unberührt.

(5) Tritt ein benannter Betroffener dem Schiedsverfahren nach Ablauf der in Art 3 Abs 1 Anhang 7 genannten Frist als Nebenintervenient bei, so gilt dies als (i) Zustimmung zu dem gebildeten Schiedsgericht und (ii) Annahme des Verfahrens in der Lage, in der es sich im Zeitpunkt des Beitritts befindet.

NEBENINTERVENTION

Artikel 5

(1) Betroffene können dem Schiedsverfahren bis zu dessen Beendigung (Art 34) zu jedem Zeitpunkt als Nebenintervenient beitreten. Der Antrag hat die in Art 3 Abs 3.1 Anhang 7 genannten Angaben zu enthalten.

(2) Über die Einbeziehung entscheidet das Schiedsgericht gemäß Art 14 Abs 1 und 2 mit der Maßgabe, dass der benannte Betroffene das Recht hat, als Nebenintervenient am Verfahren teilzunehmen, und das Ermessen des Schiedsgerichts insoweit eingeschränkt ist.

BILDUNG DES SCHIEDSGERICHTS

Artikel 6

(1) Ist der Rechtsstreit von einem Einzelschiedsrichter zu entscheiden, werden die Parteien und beigetretenen Betroffenen vom Generalsekretär aufgefordert, binnen 30 Tagen ab Zustellung der Aufforderung gemeinsam einen Einzelschiedsrichter zu benennen und dessen Name samt Anschrift, einschließlich E-Mail-Adresse, und Kontaktdaten bekannt zu geben. Wird eine solche Benennung nicht fristgerecht vorgenommen, wird der Einzelschiedsrichter vom Präsidium bestellt. Für die Fristberechnung ist der Tag maßgeblich, an dem die Partei oder der beigetretene Betroffene die Aufforderung als Letzter erhalten hat (Art 12) .

(2) Ist der Rechtsstreit von einem Schiedsrichterssenat zu entscheiden, haben die Parteien und beigetretenen Betroffenen auf der Kläger- und der Beklagenseite jeweils gemeinsam einen Schiedsrichter zu benennen. Abweichend von Art 7 Abs 2.5 und Art 8 Abs 2.4 ist eine Benennung eines Schiedsrichters in der Schiedsklage oder der Klagebeantwortung lediglich ein unverbindlicher Vorschlag. Die Parteien und die gemäß Art 3 Abs 1 Anhang 7 fristgerecht beigetretenen Betroffenen auf der Kläger- und der Beklagenseite werden jeweils vom Generalsekretär aufgefordert, binnen 30 Tagen ab Zustellung der Aufforderung gemeinsam einen Schiedsrichter zu benennen. Für die Fristberechnung ist der Tag maßgeblich, an dem die Partei oder der beigetretene Betroffene die Aufforderung als Letzter erhalten hat (Art 12). Wird ein gemeinsamer Schiedsrichter nicht fristgerecht benannt, so hat das Präsidium nach Art 18 Abs 4 vorzugehen.

(3) Die in Art 19 Abs 1 vorgesehene Weiterleitung der Erklärungen gemäß Art 16 Abs 3 und 4 sowie die in Art 19 Abs 2 ermöglichte Einholung von Stellungnahmen gilt auch für beigetretene Betroffene. Beigetretene Betroffene können die Ablehnung von Schiedsrichtern nach Art 20 geltend machen.

VERFAHRENSKONZENTRATION DURCH VERFAHRENSVERBINDUNG

Artikel 7

(1) Zwei oder mehrere Schiedsverfahren, die denselben Beschluss zum Gegenstand haben, sind vom Präsidium auf Antrag einer Partei, eines beigetretenen Betroffenen oder auf Vorschlag des Generalsekretärs in sinngemäßer Anwendung von Art 15 zu verbinden. In Abweichung von Art 15 Abs 1.1. ist die Verbindung auch dann zulässig, wenn nicht alle Parteien und beigetretenen Betroffenen zustimmen.

(2) Falls ein Antrag auf Verbindung vor der Bestätigung der Benennung oder der Bestellung eines Schiedsrichters gestellt wird, richtet sich die Bildung des Schiedsgerichts nach Art 6 Anhang 7. Nach diesem Zeitpunkt werden die Schiedsverfahren in das zuerst anhängig gemachte Schiedsverfahren verbunden, sofern die Parteien und beigetretenen Betroffenen nichts anderes vereinbaren. In diesem Fall kann das Präsidium bereits vorgenommene Bestellungen widerrufen und die Neubildung des Schiedsgerichts im Sinne des in Art 6 Anhang 7 geregelten Verfahrens anordnen.

INFORMATIONEN ÜBER DEN VERLAUF DES SCHIEDSVERFAHRENS

Artikel 8

(1) Auf Antrag informiert das Schiedsgericht die benannten Betroffenen über den Verlauf des Schiedsverfahrens durch Übermittlung (Art 12 Abs 2) von Schriftsätzen der Parteien oder Nebenintervenienten sowie schiedsgerichtlichen Entscheidungen und Verfügungen.

(2) Das Schiedsgericht kann Betroffenen, die einen entsprechenden Antrag gestellt haben, über sonstige Aktenbestandteile unterrichten, wenn es der Auffassung ist, dass diese Information für die Wahrnehmung des Rechtes eines Betroffenen am Verfahren als Nebenintervenient teilzunehmen maßgeblich sein kann.

SCHIEDSSPRUCH

Artikel 9

(1) Der Schiedsspruch wird den Parteien, den beigetretenen Betroffenen sowie sonstigen Nebenintervenienten gemäß Art 36 Abs 5 übermittelt.

(2) Die Verpflichtung den Schiedsspruch zu erfüllen (Art 36 Abs 7) erstreckt sich auch auf alle benannten und gemäß Art 3 Abs 1 Anhang 7 zur Teilnahme am Schiedsverfahren aufgeforderten Betroffenen, unabhängig von ihrer tatsächlichen Teilnahme.

KOSTEN

Artikel 10

(1) Übersteigen die Kosten der Übermittlungen vor Fallübergabe, die nach Art 10 eingehobene Einschreibgebühr so hat der Kläger die tatsächlich anfallenden Kosten zu tragen. Der Generalsekretär kann hierfür jederzeit im freien Ermessen einen Kostenvorschuss zur Deckung der Auslagen für die Übermittlungen festsetzen (Art 42 Abs 12).

(2) Bei der Berechnung der Verfahrenskosten gemäß Art 44 Abs 4 sind alle Parteien, beigetretene Betroffene sowie sonstige Nebenintervenienten wie weitere Parteien zu berücksichtigen.“.

II.

Die VIAC Rules of Arbitration and Mediation 2021, Verlautbarungsblatt der Wirtschaftskammer Österreich Nr. 3/2022 in der Fassung des Verlautbarungsblattes der Wirtschaftskammer Österreich Nr. 7/2022, werden wie folgt geändert:

II.a. VIAC Rules of Arbitration (“Vienna Rules“):

1. Art 10 Abs 5 lautet:

„If proceedings under the Vienna Mediation Rules are commenced before, during or after arbitral proceedings under the Vienna Rules between the same parties and concerning the same subject matter, the registration fee of the preceding proceedings shall be credited to the registration fee in the subsequently commenced proceedings.“

2. Art 47 inklusive seiner Überschrift lautet:

“ENTRY INTO FORCE AND TRANSITIONAL PROVISION

The Vienna Rules 2021 entered into force on 1 July 2021 and apply to all proceedings commenced after 30 June 2021. This version of the Vienna Rules 2021 as amended by the resolution of the Extended Presiding Committee of the Austrian Federal Economic Chamber dated 27 November 2024, enter into force on 1 January 2025 and apply to all proceedings commenced after the 31 December 2024 (“Vienna Rules 2021 in the version of 1 January 2025”).”

II.b. VIAC Rules of Mediation (“Vienna Mediation Rules“):

3. Art 4 Abs 2, 3 und 4 lauten:

“(2) The registration fee is non-refundable. The registration fee shall not be deducted from the paying party’s advance on costs.

(3) If arbitral proceedings under the Vienna Rules are commenced before, during, or after the proceedings under the Vienna Mediation Rules between the same parties and concerning the same subject matter, the registration fee of the preceding proceedings shall be credited to the registration fee in the subsequently commenced proceedings.

(4) The Secretary General may extend the time limit for the payment of the registration fee as appropriate. If payment is not effected within the time limit set, the Secretary General may declare the proceedings terminated.”

4. Art 4 Abs 5 entfällt.

5. Art 8 Abs 1 wird am Ende ergänzt durch die Sätze:

„The prospective administrative fees shall be calculated on the basis of the amount in dispute in accordance with the schedule of fees (Annex 3). The amounts indicated in the schedule of fees (Annex 3) represent the applicable maximum amounts.“

6. Art 8 Abs 4 und 5 lauten:

„(4) Upon termination of the proceedings, the Secretary General shall calculate the administrative fees and the mediator’s fees and fix these fees together with the expenses. The administrative fees of VIAC shall be fixed at the discretion of the Secretary General, taking the specific circumstances of the case into account, and shall not exceed the maximum amounts indicated in the schedule of fees (Annex 3).

(5) In fixing the amount in dispute, the Secretary General may deviate from the parties’ determination, if the parties have clearly undervalued it or assigned no value to it.“

7. *Art 10 lautet:*

„(1) In the absence of a deviating agreement between the parties, a party may commence or continue any legal, arbitral or other proceedings in respect of the same dispute, irrespective of whether proceedings are being conducted under the Vienna Investment Mediation Rules.

(2) If the parties have agreed on mediation excluding parallel proceedings, the following provisions shall apply insofar as the parties have not agreed otherwise in writing:

2.1 The number of mediators shall be one.

2.2 The mediator shall be jointly nominated by the parties. If the parties do not agree on the mediator, the appointment shall be made by the Board in accordance with Article 7.

2.3 The mediator nominated by the parties or appointed by the Board shall have the appropriate qualifications to perform his function. In case the Board appoints such qualifications shall be deemed to be given if the mediators are listed on the VIAC List of Practitioners in International Mediation and ADR and if the Board has no doubts as to the ability of the mediator to duly carry out his mandate in accordance with the Article 7 paragraph 4.

2.4 The location of the mediation sessions shall be determined by mutual agreement of the parties, otherwise by the mediator in accordance with Article 5.

2.5 If the dispute is not settled within three months from commencing the proceedings (Article 3) or if the mediation is terminated in accordance with Article 11 (excluding paragraph 1.2), parallel proceedings shall no longer be excluded and the parties may commence any court, arbitral or other proceedings.“

8. *Art 14 inklusive seiner Überschrift lautet:*

“ENTRY INTO FORCE AND TRANSITIONAL PROVISION

The Vienna Mediation Rules 2021 entered into force on 1 July 2021 and apply to all proceedings commenced after 30 June 2021. This version of the Vienna Mediation Rules 2021 as amended by the resolution of the Extended Presiding Committee of the Austrian Federal Economic Chamber dated 27 November 2024, enter into force on 1 January 2025 and apply to all proceedings commenced after the 31 December 2024 (“Vienna Mediation Rules 2021 in the version of 1 January 2025).”

II.c. Annexes to the VIAC Rules of Arbitration and Mediation:

9. *Die Fußnote zur Überschrift des Teiles III „Annexes to the VIAC Rules of Arbitration and Mediation“ lautet:*

„The Annexes 1-7 are an integral part of the VIAC Rules of Arbitration and the VIAC Rules of Mediation“.

10. *In Annex 1 MODEL CLAUSES folgt nach der Überschrift MEDIATION CLAUSES folgender Text:*

„In the event that the parties wish to submit disputes or claims to mediation in accordance with the Vienna Mediation Rules, they may wish to conclude a mediation clause in one of the following forms (The headings do not constitute part of the clause. Words/blanks in square brackets should be deleted/completed as appropriate):

Model Clause 1: Mediation Agreement to be Inserted into a Contract

The parties agree with regard to all disputes or claims arising out of or in connection with this contract, including disputes as to its validity, breach, termination or nullity, to conduct mediation proceedings in accordance with the Rules of Mediation (“Vienna Mediation Rules”) of the Vienna International Arbitral Centre of the Austrian Federal Economic Chamber (VIAC).

Model Clause 2: Agreement to Refer an Existing Dispute to Mediation

The parties agree with regard to all disputes or claims in connection with the specific dispute described below to conduct mediation proceedings in accordance with the Rules of Mediation (“Vienna Mediation Rules”) of the Vienna International Arbitral Centre of the Austrian Federal Economic Chamber (VIAC): [description of the dispute].

SUPPLEMENTARY TERMS TO THE MEDIATION CLAUSES

The parties may also wish to stipulate the following:

(1) *Number of Mediators (if more than one mediator is agreed upon)*

The number of mediators shall be: [insert number (e.g. two)]. The rules of appointment apply to each mediator.

(2) *Location of the Mediation Sessions*

The location of the mediation sessions shall be:

- [insert location].
- determined by the mediator.

(3) *Language*

The language(s) to be used in the mediation proceedings is/are: [insert language(s)].

(4) *Appointment of the Mediator*

The mediator[s] shall be

- [insert name(s)], subject to confirmation by the Secretary General of VIAC or the VIAC Board in accordance with the Vienna Mediation Rules. If they are not confirmed, the appointment shall be made in accordance with the Vienna Mediation Rules.
- jointly nominated by the parties. If the parties do not agree on the mediator[s], the appointment shall be made by the VIAC Board in accordance with the Vienna Mediation Rules.

(5) *Qualifications of the Mediator*

The mediator[s] shall have

- the appropriate qualifications to perform their function[s].

- the appropriate qualifications as well as the following qualifications:
[insert qualifications specified by the parties].

If the VIAC Board appoints, the appropriate qualifications shall be deemed to be given if the mediator[s] are listed on the VIAC List of Practitioners in International Mediation and ADR and the VIAC Board has no doubts as to the ability of the mediator[s] to duly carry out their mandate.

(6) Supplementary Arbitral Proceedings

The parties agree that, if one party wishes to resolve their disputes or claims outside of mediation, these shall be finally settled in accordance with the Rules of Arbitration (Vienna Rules) of the Vienna International Arbitral Centre of the Austrian Federal Economic Chamber (VIAC) by one or three arbitrators appointed in accordance with these Rules.

(7) Exclusion of Parallel Proceedings

The parties agree to first refer any disputes or claims under this agreement to mediation. Only if it has not been resolved by mediation within [insert a time limit (e.g.90 days up to a maximum of six months)] from commencing the proceedings as defined in the Vienna Mediation Rules, this dispute or claim may be initiated or continued in court, arbitral, or other proceedings with the exception of proceedings to obtain provisional or protective measures.“.

11. *Der Annex 1 MODEL CLAUSES wird am Ende um folgenden Text ergänzt:*

„MODEL ARBITRATION CLAUSE FOR ARTICLES OF ASSOCIATION

If parties, in particular in the articles of association, wish to agree on an arbitration clause with the intention of extending the binding effect of the arbitral award to shareholders or the company itself, even if they are not named as parties to the arbitration proceedings, they may include the following arbitration clause. The arbitration clause must be included in its entirety:

All disputes or claims arising between shareholders, between the company and its shareholders, between the company and its governing bodies or between governing bodies arising out of or in connection with these articles of association, including disputes concerning their validity, breach, termination or nullity, shall be finally settled under the Rules of Arbitration (Vienna Rules) of the International Arbitral Centre of the Austrian Federal Economic Chamber (VIAC) by one or three arbitrators appointed in accordance with said Rules. The place of arbitration shall be Vienna [or another place in Austria].

The following special participation rights shall apply to disputes in which the binding effects of the arbitral award are intended to be extended to shareholders or the company itself, even if they are not named as parties to the proceeding, such as in particular disputes concerning shareholder resolutions, as well as disputes concerning their contestability, defectiveness or nullity.

COMMENCING OF THE PROCEEDINGS

(1) The Secretary General shall transmit the statement of claim to the respondent and the named affected entities in accordance with Article 7 paragraph 4 Vienna Rules.

(2) The respondent may in its answer to the statement of claim (Article 8 Vienna Rules), and the named affected entity in its declaration to join (Article 3 Annex 7 Vienna Rules), name additional affected entities who were not named by the claimant, stating their full names and addresses, including electronic mail addresses, and other contact details.

(3) If the company is the respondent, the company shall take every appropriate measure to ensure that all affected entities are included. At the request of the Secretary General the company shall provide information on the measures taken within a time limit set by the Secretary General.

(4) The Secretary General shall proceed pursuant to Article 2 paragraph 3 Annex 7 Vienna Rules if additional affected entities are named.

OPTION TO JOIN

(5) The Secretary General shall request the affected entities to submit a declaration to join within 30 days of receipt of the statement of claim respectively answer to the statement of claim. The Secretary General shall simultaneously inform the affected entities of their right to information pursuant to Article 8 Annex 7 Vienna Rules.

(6) If a declaration to join pursuant to Article 2 paragraph 4 Annex 7 Vienna Rules lists additional named entities, the statement of claim and the answer to the statement of claim as well as a copy of the declaration to join naming them shall be transmitted in hardcopy form to the newly named affected entity, with the request to submit a declaration to join within 30 days of receipt in accordance with Article 3 Annex 7 Vienna Rules.

JOINDER OF AFFECTED ENTITIES

(7) By submitting the declaration to join within the set time period, the named affected entity joins the proceedings (“joined affected entity”). Declarations to join submitted in accordance with Article 3 Annex 7 Vienna Rules shall be transmitted to the parties by the Secretary General.

(8) If the claimant and the respondent agree, the joined affected entity may join the proceeding as a party on the side of the claimant or the respondent.

(9) Prior to the transmission of the file (Article 11 Vienna Rules), the Secretary General shall, in electronic form, inform all parties and those named affected entities whose time limit to join has not yet elapsed, of the joining of an affected entity.

(10) If a named affected entity does not submit its declaration to join within the set time period, the right to participate in the constitution of the arbitral tribunal shall be deemed waived. The option for the named affected entity to join the proceeding as an intervening party (Article 5 Annex 7 Vienna Rules) shall remain unaffected thereby.

(11) If a named affected entity joins the proceeding after the time limit set in Article 3 paragraph 1 Annex 7 Vienna Rules has elapsed, this shall be deemed as (i) consent to the constituted arbitral tribunal, and (ii) acceptance of the proceeding as it stands at the time of joining.

INTERVENTION

(12) Affected entities may join the proceeding as an intervening party at any time until its termination (Article 34 Vienna Rules). The request must contain the information specified in Article 3 paragraph 3.1 Annex 7 Vienna Rules.

(13) The arbitral tribunal shall decide on the joinder pursuant to Article 14 paragraphs 1 and 2 Vienna Rules taking into account that the named affected entity has the right to participate in the proceedings as an intervening party, and that the discretion of the arbitral tribunal is limited in this respect.

CONSTITUTION OF THE ARBITRAL TRIBUNAL

(14) If the dispute is to be resolved by a sole arbitrator, the parties and the joined affected entities shall jointly nominate a sole arbitrator and indicate the arbitrator's name, address, including electronic mail address, and other contact details within 30 days after receiving the Secretary General's request. If such nomination is not made within this time period, the sole arbitrator shall be appointed by the Board. The last day on which a party or a joined affected entity received the request shall be the day triggering the commencement of the time limit (Article 12 Vienna Rules).

(15) If the dispute is to be resolved by a panel of arbitrators, the parties and the joined affected entities on claimant's and respondent's side shall each jointly nominate an arbitrator. Deviating from Article 7 paragraph 2.5 and Article 8 paragraph 2.4 Vienna Rules, the nomination of an arbitrator in the statement of claim or the answer to the statement of claim is a non-binding proposal. The Secretary General shall request the parties and the joined affected entities on the claimant's and respondent's side to jointly nominate an arbitrator within 30 days after receiving the request. The last day on which a party or a joined affected entity received the request shall be the day triggering the commencement of the time limit (Article 12 Vienna Rules). If a joint arbitrator is not nominated within this time period, the Board shall proceed in accordance with Article 18 paragraph 4 Vienna Rules.

(16) The forwarding of declarations pursuant to Article 16 paragraph 3 and 4 Vienna Rules as provided for in Article 19 paragraph 1 Vienna Rules as well as the possibility to request comments as provided for in Article 19 paragraph 2 Vienna Rules also apply to joined affected entities. Joined affected entities may challenge arbitrators pursuant to Article 20 Vienna Rules.

CONCENTRATION OF PROCEEDINGS THROUGH CONSOLIDATION

(17) Two or more proceedings concerning the same resolution shall be consolidated by the Board at the request of a party, a joined affected entity or at the proposal of the Secretary General, applying Article 15 Vienna Rules *mutatis mutandis*. Deviating from Article 15 paragraph 1.1 Vienna Rules, the consolidation is also admissible even if not all parties and joined affected entities agree.

(18) If a request for consolidation is made prior to the confirmation of the nomination or the appointment of an arbitrator, the constitution of the arbitral tribunal shall be governed by Article 6 Annex 7 Vienna Rules. Thereafter, the proceedings shall be consolidated into the proceedings first commenced, unless the parties and joined affected entities agree otherwise. In this case, the Board may revoke arbitrator appointments already made and order the renewed constitution of the arbitral tribunal in accordance with the procedure set out in Article 6 Annex 7 Vienna Rules.

INFORMATION ON THE STATUS OF THE PROCEEDINGS

(19) Upon request, the arbitral tribunal shall inform the named affected entities of the status of the proceeding by transmitting (Article 12 paragraph 2 Vienna Rules) the parties' or intervening parties' submissions as well as the arbitral tribunals' decisions and orders.

(20) The arbitral tribunal may inform affected entities about other aspects of the case file, if they have filed such a request and if the arbitral tribunal considers that this information may be relevant for the affected entities to exercise their right to participate in the proceedings as intervening parties.

ARBITRAL AWARD

(21) The arbitral award shall be transmitted to the parties, the joined affected entities and intervening parties in accordance with Article 36 paragraph 5 Vienna Rules.“

12. Die Fußnoten zu Annex 1 MODEL CLAUSES entfallen.

13. In Annex 3 SCHEDULE OF FEES werden die Überschriften „Registration Fee“ und „Administrative Fees“ um die Beifügung „for Arbitral Proceedings“ ergänzt.

14. In Annex 3 SCHEDULE OF FEES lautet die Fußnote zur Überschrift „Registration Fee for Arbitral Proceedings“:

„See Article 10 Vienna Rules“.

15. In Annex 3 SCHEDULE OF FEES lautet die Fußnote zur Überschrift „Administrative Fees for Arbitral Proceedings“:

„See Article 44 paragraphs 2 and 4 Vienna Rules“.

16. In Annex 3 SCHEDULE OF FEES wird nach der Kostentabelle für die „Administrative Fees for Arbitral Proceedings“ und vor der Kostentabelle für „Fees for Sole Arbitrators“ Folgendes eingeschoben:

„Fees for Mediation Proceedings

Registration Fee	EUR
Flat rate	500

Administrative Fees		
Amount in dispute in EUR	Maximum Rate in EUR	
from	to	
500,000	2,000	
500,001	5,000,000	5,000
over 5,000,001	10,000	

”.

17. In Annex 3 SCHEDULE OF FEES lautet die Fußnote zur Überschrift „Fees for Mediation Proceedings“:

„See Article 4 Vienna Mediation Rules; Article 8 paragraph 1 and 4 Vienna Mediation Rules“.

18. In Annex 3 SCHEDULE OF FEES lautet die Fußnote zur Überschrift „Fees for Sole Arbitrators“:

„See Article 44 paragraphs 2, 4, 8 and 11 Vienna Rules in particular“.

19. Der Teil III Annexes to the VIAC Rules of Arbitration and Mediation wird um den folgenden Anhang ergänzt:

„ANNEX 7

SUPPLEMENTARY RULES FOR CORPORATE DISPUTES

The Supplementary Rules for Corporate Disputes with the intention of extending the binding effect of the award, as set out in this Annex 7, shall apply if the parties have agreed to apply the Vienna Rules, in particular through an arbitration clause contained in articles of association.

SCOPE OF APPLICATION

Article 1

(1) The Supplementary Rules for Corporate Disputes set out in Annex 7 shall apply to corporate disputes in which the binding effect of the arbitral award is intended to extend to shareholders or the company itself, even if they are not named as parties to the arbitration, such as, in particular, disputes concerning shareholder resolutions, including disputes concerning their contestability, defectiveness or nullity, unless otherwise agreed.

(2) The Vienna Rules shall apply in the version in effect at the commencement of the arbitration (Article 7 paragraph 1).

NAMING OF THE AFFECTED ENTITIES

Article 2

(1) In addition to the information specified in Article 7 paragraph 2, the statement of claim shall contain the full names and addresses, including electronic mail addresses, and other contact details of such persons or companies (“named affected entities”) upon whom the binding effects of the arbitral award shall extend to by virtue of the nature of the legal relationship in dispute or by virtue of statutory provisions.

(2) In addition to Article 12 paragraph 1 the statement of claim, including exhibits, shall be submitted in electronic form and in hardcopy form in the number of copies necessary to provide each named affected entity with a copy.

(3) The Secretary General shall transmit the statement of claim to the respondent and the named affected entities in accordance with Article 7 paragraph 4.

(4) The respondent may in its answer to the statement of claim (Article 8), and the named affected entity in its declaration to join (Article 3 Annex 7), name additional affected entities who were not named by the claimant, stating their full names and addresses, including electronic mail addresses, and other contact details.

(5) If the company is the respondent, the company shall take every appropriate measure to ensure that all affected entities are included. At the request of the Secretary General the company shall provide information on the measures taken within a time limit set by the Secretary General.

(6) At the request of the Secretary General and within a time limit set by the Secretary General, the parties shall submit additional copies of the statement of claim respectively the answer to the statement of claim in hardcopy form for subsequently named affected entities. If the parties fail to comply with an order to remedy within the deadline set, the Secretary General may declare the proceedings terminated (Article 34 paragraph 3).

(7) The Secretary General shall proceed pursuant to paragraph 3 of this Article if additional affected entities are named.

DECLARATION TO JOIN Article 3

(1) The Secretary General shall request the named affected entity to submit a declaration to join within 30 days of receipt of the statement of claim respectively answer to the statement of claim. The Secretary General shall simultaneously inform the affected entities of their right to information pursuant to Article 8 Annex 7.

(2) The declaration to join shall be submitted to the Secretariat in electronic form.

(3) The declaration to join shall contain the following information:

3.1 full name and addresses, including electronic mail addresses, and other contact details and any information on the affected entity's nationality;

3.2 whether the affected entity wishes to join the proceedings on the side of the claimant or the respondent as an intervening party (Article 5 Annex 7);

3.3 whether the affected entity wishes to join the proceedings on the side of the claimant or the respondent as a party.

(4) If a declaration to join pursuant to Article 2 paragraph 4 Annex 7 lists additional named entities, the statement of claim and the answer to the statement of claim as well as a copy of the declaration to join naming them shall be transmitted in hardcopy form to the newly named affected entity, with the request to submit a declaration to join within 30 days of receipt in accordance with this Article 3.

JOINDER OF AFFECTED ENTITIES Article 4

(1) By submitting the declaration to join within the set time period, the named affected entity joins the proceedings ("joined affected entity"). Declarations to join submitted in accordance with Article 3 Annex 7 shall be transmitted to the parties by the Secretary General.

(2) If the claimant and the respondent agree, the joined affected entity may join the proceeding as a party on the side of the claimant or the respondent. When a joined affected entity has applied to join as a party on the side of the claimant or the respondent, the Secretary General shall, within a time limit set by the Secretary General, request the claimant and the respondent to state whether they agree with the request.

(3) Prior to the transmission of the file (Article 11), the Secretary General shall, in electronic form, inform all parties and those named affected entities whose time limit to join has not yet elapsed, of the joining of an affected entity.

(4) If a named affected entity does not submit its declaration to join within the set time period, it is deemed to have waived the right to participate in the constitution of the arbitral tribunal. In this case, the named affected entity retains the option to join the proceeding as an intervening party (Article 5 Annex 7).

(5) If a named affected entity joins the proceeding after the time limit set in Article 3 paragraph 1 Annex 7 has elapsed, this shall be deemed as (i) consent to the constituted arbitral tribunal, and (ii) acceptance of the proceeding as it stands at the time of joining.

INTERVENTION

Article 5

(1) Affected entities may join the proceeding as an intervening party at any time until its termination (Article 34). The request must contain the information specified in Article 3 paragraph 3.1 Annex 7.

(2) The arbitral tribunal shall decide on the joinder pursuant to Article 14 paragraphs 1 and 2 taking into account that the named affected entity has the right to participate in the proceedings as an intervening party, and that the discretion of the arbitral tribunal is limited in this respect.

CONSTITUTION OF THE ARBITRAL TRIBUNAL

Article 6

(1) If the dispute is to be resolved by a sole arbitrator, the parties and the joined affected entities shall jointly nominate a sole arbitrator and indicate the arbitrator's name, address, including electronic mail address, and other contact details within 30 days after receiving the Secretary General's request. If such nomination is not made within this time period, the sole arbitrator shall be appointed by the Board. The last day on which a party or a joined affected entity received the request shall be the day triggering the commencement of the time limit (Article 12).

(2) If the dispute is to be resolved by a panel of arbitrators, the parties and the joined affected entities on claimant's and respondent's side shall each jointly nominate an arbitrator. Deviating from Article 7 paragraph 2.5 and Article 8 paragraph 2.4, the nomination of an arbitrator in the statement of claim or the answer to the statement of claim is a non-binding proposal. The Secretary General shall request the parties and the joined affected entities on the claimant's and respondent's side to jointly nominate an arbitrator within 30 days after receiving the request. The last day on which a party or a joined affected entity received the request shall be the day triggering the commencement of the time limit (Article 12). If a joint arbitrator is not nominated within this time period, the Board shall proceed in accordance with Article 18 paragraph 4.

(3) The forwarding of declarations pursuant to Article 16 paragraph 3 and 4 as provided for in Article 19 paragraph 1 as well as the possibility to request comments as provided for in Article 19 paragraph 2 also apply to joined affected entities. Joined affected entities may challenge arbitrators pursuant to Article 20.

CONCENTRATION OF PROCEEDINGS THROUGH CONSOLIDATION

Article 7

(1) Two or more proceedings concerning the same resolution shall be consolidated by the Board at the request of a party, a joined affected entity or at the proposal of the Secretary General, applying Article 15 *mutatis mutandis*. Deviating from Article 15 paragraph 1.1, the consolidation is also admissible even if not all parties and joined affected entities agree.

(2) If a request for consolidation is made prior to the confirmation of the nomination or the appointment of an arbitrator, the constitution of the arbitral tribunal shall be governed by Article 6 Annex 7. Thereafter, the proceedings shall be consolidated into the proceedings first commenced, unless the parties and joined affected entities agree otherwise. In this case, the Board may revoke arbitrator appointments already made and order the renewed constitution of the arbitral tribunal in accordance with the procedure set out in Article 6 Annex 7.

INFORMATION ON THE STATUS OF THE PROCEEDINGS

Article 8

(1) Upon request, the arbitral tribunal shall inform the named affected entities of the status of the proceeding by transmitting (Article 12 paragraph 2) the parties' or intervening parties' submissions as well as the arbitral tribunals' decisions and orders.

(2) The arbitral tribunal may inform affected entities about other aspects of the case file, if they have filed such a request and if the arbitral tribunal considers that this information may be relevant for the affected entities to exercise their right to participate in the proceedings as intervening parties.

ARBITRAL AWARD

Article 9

(1) The arbitral award shall be transmitted to the parties, the joined affected entities and intervening parties in accordance with Article 36 paragraph 5.

(2) The obligation to comply with the terms of the award (Article 36 paragraph 7) extends to all affected entities named, and those invited to participate in the proceedings pursuant to Article 3 paragraph 1 Annex 7, irrespective of their actual participation.

COSTS

Article 10

(1) If the transmission costs prior to the transmission of the file exceed the registration fee due pursuant to Article 10, the claimant shall bear the actual costs incurred. The Secretary General may fix an advance on costs, at any time according to his own discretion, to cover the transmission expenses (Article 42 paragraph 12).

(2) When calculating the procedural costs in accordance with Article 44 paragraph 4, all parties, joined affected entities and other intervening parties shall be considered to be additional parties.“

III.

Die VIAC Schieds- und Mediationsordnung für Investitionsverfahren 2021, Verlautbarungsblatt der Wirtschaftskammer Österreich Nr. 4/2022 in der Fassung des Verlautbarungsblattes der Wirtschaftskammer Österreich Nr. 7/2022, wird wie folgt geändert:

III.a. VIAC Schiedsordnung für Investitionsverfahren (“Wiener Regeln für Investitionsverfahren“):

1. Art 10 Abs 5 lautet:

„Wird vor, während oder nach der Durchführung eines Schiedsverfahrens nach den Wiener Regeln für Investitionsverfahren ein Verfahren nach den Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren zwischen denselben Parteien über denselben Verfahrensgegenstand eingeleitet, wird die Einschreibegebühr des ersten Verfahrens auf die Einschreibegebühr des zweiten Verfahrens angerechnet.“

2. Art 47 inklusive seiner Überschrift lautet:

„IN-KRAFT-TRETEN UND ÜBERGANGSBESTIMMUNG

Die Wiener Regeln für Investitionsverfahren 2021 sind seit 1.7.2021 in Kraft und gelten für alle nach dem 30.6.2021 begonnenen Verfahren. Diese Version der Wiener Regeln für Investitionsverfahren 2021 in der Fassung des Beschlusses des Erweiterten Präsidiums der Wirtschaftskammer Österreich vom 27.11.2024, die am 1.1.2025 in Kraft tritt, gilt für alle Verfahren, die nach dem 31.12.2024 begonnen werden ("Wiener Regeln für Investitionsverfahren 2021 in der Fassung vom 1.1.2025").“

III.b. VIAC Mediationsordnung für Investitionsverfahren („Wiener Regeln für Investitionsverfahren“):

3. Art 4 Abs 2,3 und 4 lauten:

„(2) Die Einschreibegebühr wird nicht zurückerstattet. Die Einschreibegebühr wird nicht auf den Kostenvorschuss der erlegenden Partei angerechnet.

(3) Wird vor, während oder nach der Durchführung eines Verfahrens nach den Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren ein Schiedsverfahren nach den Wiener Regeln für Investitionsverfahren zwischen denselben Parteien über denselben Verfahrensgegenstand eingeleitet, wird die Einschreibegebühr des ersten Verfahrens auf die Einschreibegebühr des zweiten Verfahrens angerechnet.

(4) Die Frist zur Zahlung der Einschreibegebühr kann vom Generalsekretär angemessen verlängert werden. Wird die Zahlung nicht fristgerecht geleistet, kann der Generalsekretär das Verfahren nach den Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren für beendet erklären.“

4. Art 4 Abs 5 entfällt.

5. Art 8 Abs 1 wird am Ende ergänzt durch die Sätze:

„Die Verwaltungskosten werden aufgrund des Streitwertes nach der Kostentabelle (Anhang 3) berechnet. Die in der Kostentabelle (Anhang 3) angegebenen Beträge sind die jeweiligen Höchstbeträge.“

6. Art 8 Abs 4 und 5 lauten:

„(4) Nach Beendigung des Verfahrens werden die Verwaltungskosten sowie das Honorar des Mediators vom Generalsekretär berechnet und gemeinsam mit den Auslagen bestimmt. Die Verwaltungskosten des VIAC werden nach dem Ermessen des Generalsekretärs unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Falles festgesetzt und dürfen die in der Kostentabelle (Anhang 3) angegebenen Höchstbeträge nicht überschreiten.

(5) Der Generalsekretär kann den Streitwert abweichend von den Angaben der Parteien festlegen, wenn eine Streitsache von den Parteien erkennbar unrichtig oder nicht bewertet wurde.“

7. In Art 9 Abs 5 wird das Wort „gewissenhaft“ durch die Wörter „im guten Glauben“ ersetzt.

8. Art 10 lautet:

„(1) Haben die Parteien nichts anderes vereinbart, ist es ungeachtet der Durchführung eines Verfahrens nach den Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren zulässig, dass eine Partei ein gerichtliches, schiedsgerichtliches oder sonstiges Verfahren in Bezug auf den Streitfall einleitet oder ein bereits anhängiges Verfahren fortführt.

(2) Haben die Parteien Mediation unter Ausschluss von Parallelverfahren vereinbart, gelten folgende Bestimmungen, sofern die Parteien nicht schriftlich etwas anderes vereinbart haben:

2.1 Die Mediation wird von einem Mediator geführt.

2.2 Der Mediator wird von den Parteien gemeinsam benannt. Einigen sich die Parteien nicht auf einen Mediator, so erfolgt die Bestellung durch das Präsidium gemäß Art 7.

2.3 Der von den Parteien nominierte oder vom Präsidium bestellte Mediator muss über die für die Ausübung seiner Funktion erforderlichen Qualifikationen verfügen. Im Falle einer Bestellung durch das Präsidium gelten diese Qualifikationen für Mediatoren als gegeben, die in der VIAC Liste von Mediations- und ADR-Praktiker:innen geführt sind und wenn das Präsidium keine Zweifel hat, dass der Mediator in der Lage ist, sein Mandat im Einklang mit Art 7 Abs 4 ordnungsgemäß auszuführen.

2.4 Der Ort der Sitzungen wird von den Parteien einvernehmlich festgelegt, andernfalls vom Mediator nach Art 5 bestimmt.

2.5 Falls der Streitfall nicht innerhalb von drei Monaten ab Beginn des Verfahrens (Art 3) beigelegt wurde oder falls die Mediation nach Art 11 (ausgenommen Abs 1.2) beendet wird, sind Parallelverfahren nicht mehr ausgeschlossen und die Parteien können ein gerichtliches, schiedsgerichtliches oder sonstiges Verfahren in Bezug auf den Streitfall einleiten.“

9. Art 14 inklusiver seiner Überschrift lautet:

„IN-KRAFT-TRETEN UND ÜBERGANGSBESTIMMUNG

Die Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren 2021 sind seit 1.7.2021 in Kraft und gelten für alle nach dem 30.6.2021 begonnenen Verfahren. Diese Version der Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren 2021 in der Fassung des Beschlusses des Erweiterten Präsidiums der Wirtschaftskammer Österreich vom 27.11.2024, die am 1.1.2025 in Kraft tritt, gilt für alle Verfahren, die nach dem 31.12.2024 begonnen werden ("Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren 2021 in der Fassung vom 1.1.2025").“

III.c. Anhänge zur VIAC Schieds- und Mediationsordnung für Investitionsverfahren:

10. In Anhang 1 Musterklauseln folgt nach der Überschrift Mediationsklauseln folgender Text:

„Die Parteien können vereinbaren, jede Streitigkeit aus einem Vertrag, einem Abkommen, einem Gesetz oder einem anderen Instrument und an der ein Staat, eine staatlich kontrollierte Einrichtung oder eine zwischenstaatliche Organisation beteiligt ist, einem Mediationsverfahren oder einem anderen Verfahren gemäß den Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren zu unterwerfen.

Wenn die Parteien ihre Streitigkeiten einem Mediationsverfahren oder einem anderen Verfahren nach den Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren unterwerfen wollen, können sie eine Mediationsklausel in der folgenden Form vereinbaren (Überschriften gehören nicht zum

Text der Klausel. Wörter/Felder in eckigen Klammern sollen entsprechend gestrichen/ergänzt werden):

Musterklausel 1: Mediationsvereinbarung zur Integration in einen Vertrag

Die Parteien vereinbaren hinsichtlich aller Streitigkeiten oder Ansprüche, die sich aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag ergeben, einschließlich Streitigkeiten über dessen Gültigkeit, Verletzung, Auflösung oder Nichtigkeit, die Durchführung eines Mediationsverfahrens gemäß der Mediationsordnung („Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren“) der Internationalen Schiedsinstitution der Wirtschaftskammer Österreich (VIAC).

Musterklausel 2: Anlassbezogene Mediationsvereinbarung

Die Parteien vereinbaren hinsichtlich aller Streitigkeiten oder Ansprüche im Zusammenhang mit dem nachfolgend beschriebenen Streitfall die Durchführung eines Mediationsverfahrens nach der Mediationsordnung für Investitionsverfahren („Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren“) der Internationalen Schiedsinstitution der Wirtschaftskammer Österreich (VIAC): [Beschreibung des Streitfalls].

ERGÄNZENDE VEREINBARUNGEN ZU DEN MEDIATIONSKLAUSELN

Die Parteien können ergänzend auch Folgendes vereinbaren:

- (1) Anzahl der Mediatoren (falls mehr als ein Mediator tätig werden soll)

Die Anzahl der Mediatoren beträgt: [Zahl einsetzen (zB zwei)]. Die Bestellungsregeln gelten für jeden Mediator.

- (2) Ort der Mediationssitzungen

Der Ort der Sitzungen:

- ist [Ort einsetzen].
- wird vom Mediator bestimmt.

- (3) Sprache

Die im Mediationsverfahren zu verwendende(n) Sprache(n) ist/sind: [Sprache(n) einsetzen].

- (4) Bestellung des Mediators

Der Mediator/die Mediatoren

- ist/sind Name(n) einfügen], vorbehaltlich der Bestätigung durch den Generalsekretär oder das VIAC Präsidium gemäß der Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren. Sollte keine Bestätigung erteilt werden, erfolgt eine Bestellung gemäß den Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren.
- wird/werden gemeinsam von den Parteien benannt. Einigen sich die Parteien nicht auf den Mediator/die Mediatoren, so erfolgt die Bestellung durch das VIAC Präsidium gemäß der Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren.

- (5) Qualifikation des Mediators

Der Mediator/die Mediatoren

- muss/müssen über die für die Ausübung ihrer Funktion bzw Funktionen erforderliche Befähigung verfügen.
- muss/müssen neben der erforderlichen Befähigung auch über folgende Qualifikationen aufweisen: [die von den Parteien gewünschten Qualifikationen einfügen].

Im Falle einer Bestellung durch das VIAC Präsidium gilt die entsprechende Befähigung als gegeben, wenn der Mediator/ die Mediatoren in der VIAC Liste von Mediations- und ADR-Praktiker:innen geführt wird und das VIAC Präsidium keine Zweifel an der Befähigung des Mediators/der Mediatoren hat, sein bzw ihr Mandat ordnungsgemäß auszuüben.

(6) Ergänzendes Schiedsverfahren

Die Parteien vereinbaren, dass, sofern eine Partei ihre Streitigkeiten oder Ansprüche außerhalb der Mediation entscheiden will, diese nach der Schiedsordnung für Investitionsverfahren (Wiener Regeln für Investitionsverfahren) der Internationalen Schiedsinstitution der Wirtschaftskammer Österreich (VIAC) von einem oder drei gemäß diesen Regeln bestellten Schiedsrichtern endgültig entschieden werden.

(7) Ausschluss von Parallelverfahren

Die Parteien vereinbaren, hinsichtlich aller Streitigkeiten oder Ansprüche, die dieser Vereinbarung unterliegen, zuerst ein Mediationsverfahren durchzuführen. Nur wenn der Streitfall nicht innerhalb von [Frist einfügen (zB 90 Tagen, längsten jedoch sechs Monate)] ab Beginn des Verfahrens im Sinne der Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren durch Mediation beigelegt wurde, kann ein gerichtliches, schiedsgerichtliches oder sonstiges Verfahren in Bezug auf diese Streitigkeit oder diesen Anspruch eingeleitet oder fortgesetzt werden, mit Ausnahme von Verfahren zur Erlangung einstweiliger oder sichernder Maßnahmen.“

11. Die Fußnoten zu Anhang 1 Musterklauseln entfallen.

12. In Anhang 3 lautet die Fußnote zur Überschrift Anhang 3 Kostentabelle:

„siehe den Kostenrechner auf der VIAC-Website (<https://www.viac.eu/de/schiedsverfahren/kostenrechner>)“.

13. In Anhang 3 Kostentabelle werden die Überschriften „Einschreibgebühr“ und „Verwaltungskosten“ um die Beifügung „für Schiedsverfahren“ ergänzt.

14. In Anhang 3 Kostentabelle lautet die Fußnote zur Überschrift „Einschreibgebühr für Schiedsverfahren“:

„siehe Art 10 Wiener Regeln für Investitionsverfahren“.

15. In Anhang 3 Kostentabelle lautet die Fußnote zur Überschrift „Verwaltungskosten für Schiedsverfahren“:

„siehe Art 44 Abs 2 und 4 Wiener Regeln für Investitionsverfahren“.

16. In Anhang 3 Kostentabelle wird nach der Kostentabelle für die Verwaltungskosten für Schiedsverfahren und vor der Kostentabelle für Honorare für Einzelschiedsrichter Folgendes eingeschoben:

„Gebühren für Mediationsverfahren

Einschreibengebühr	EUR
Pauschale	500

Verwaltungskosten		
Streitwert in EURO		Höchsttarif in EURO
von	bis	
500.000		2.000
500.001	5.000.000	5.000
über 5.000.001		10.000

„

17. In Anhang 3 Kostentabelle lautet die Fußnote zur Überschrift „Gebühren für Mediationsverfahren“:

„siehe Art 4 Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren; Art 8 Abs 1 und Abs 4 Wiener Mediationsregeln für Investitionsverfahren“.

18. In Anhang 3 Kostentabelle lautet die Fußnote zur Überschrift „Honorare für Einzelschiedsrichter“:

„siehe insb Art 44 Abs 2, 4, 8 und 11 Wiener Regeln für Investitionsverfahren“.

19. In Anhang 3 Kostentabelle lautet die Fußnote zur Kostentabelle für die Honorare für Einzelschiedsrichter:

„ü.B. = übersteigender Betrag“.

IV.

Die VIAC Rules of Investment Arbitration and Mediation 2021, Verlautbarungsblatt der Wirtschaftskammer Österreich Nr. 5/2022 in der Fassung des Verlautbarungsblattes der Wirtschaftskammer Österreich Nr. 7/2022, werden wie folgt geändert:

IV.a. VIAC Rules of Investment Arbitration and Mediation 2021:

1. Art 10 Abs 5 lautet:

„ If proceedings under the Vienna Investment Mediation Rules are commenced before, during or after arbitral proceedings under the Vienna Investment Arbitration Rules between the same parties and concerning the same subject matter, the registration fee of the preceding proceedings shall be credited to the registration fee in the subsequently commenced proceeding.“

2. Art 47 inklusive seiner Überschrift lautet:

“ENTRY INTO FORCE AND TRANSITIONAL PROVISION

The Vienna Investment Arbitration Rules 2021 entered into force on 1 July 2021 and apply to all proceedings commenced after 30 June 2021. This version of the Vienna Investment Arbitration Rules 2021 as amended by the resolution of the Extended Presiding Committee of the Austrian Federal Economic Chamber dated 27 November 2024, enter into force on 1 January 2025 and apply to all proceedings commenced after the 31 December 2024 (“Vienna Investment Arbitration Rules 2021 in the version of 1 January 2025”).

IV.b. VIAC Rules of Investment Mediation (“Vienna Investment Mediation Rules”):

3. Art 4 Abs 2,3 und 4 lauten:

„(2) The registration fee is non-refundable. The registration fee shall not be deducted from the paying party’s advance on costs.

(3) If arbitral proceedings under the Vienna Investment Arbitration Rules are commenced before, during, or after the proceedings under the Vienna Investment Mediation Rules between the same parties and concerning the same subject matter, the registration fee of the preceding proceedings shall be credited to the registration fee in the subsequently commenced proceedings.

(4) The Secretary General may extend the time limit for the payment of the registration fee as appropriate. If payment is not effected within the time limit set, the Secretary General may declare the proceedings terminated.“

4. Art 4 Abs 5 entfällt.

5. Art 8 Abs 1 wird am Ende ergänzt durch die Sätze:

„*The prospective administrative fees shall be calculated on the basis of the amount in dispute in accordance with the schedule of fees (Annex 3). The amounts indicated in the schedule of fees (Annex 3) represent the applicable maximum amounts.*“

6. Art 8 Abs 4 und 5 lauten:

„(4) Upon termination of the proceedings, the Secretary General shall calculate the administrative fees and the mediator’s fees and fix these fees together with the expenses. The administrative fees of VIAC shall be fixed at the discretion of the Secretary General, taking the specific circumstances of the case into account, and shall not exceed the maximum amounts indicated in the schedule of fees (Annex 3).

(5) In fixing the amount in dispute, the Secretary General may deviate from the parties’ determination, if the parties have clearly undervalued it or assigned no value to it.“

7. Art 10 lautet:

„(1) In the absence of a deviating agreement between the parties, a party may commence or continue any legal, arbitral or other proceedings in respect of the same dispute, irrespective of whether proceedings are being conducted under the Vienna Investment Mediation Rules.

(2) If the parties have agreed on mediation excluding parallel proceedings, the following provisions shall apply insofar as the parties have not agreed otherwise in writing:

2.1 The number of mediators shall be one.

2.2 The mediator shall be jointly nominated by the parties. If the parties do not agree on the mediator, the appointment shall be made by the Board in accordance with Article 7.

2.3 The mediator nominated by the parties or appointed by the Board shall have the appropriate qualifications to perform his function. In case the Board appoints such qualifications shall be deemed to be given if the mediators are listed on the VIAC List of Practitioners in International Mediation and ADR and if the Board has no doubts as to the ability of the mediator to duly carry out his mandate in accordance with the Article 7 paragraph 4.

2.4 The location of the mediation sessions shall be determined by mutual agreement of the parties, otherwise by the mediator in accordance with Article 5.

2.5 If the dispute is not settled within three months from commencing the proceedings (Article 3) or if the mediation is terminated in accordance with Article 11 (excluding paragraph 1.2), parallel proceedings shall no longer be excluded and the parties may commence any court, arbitral or other proceedings. “

8. Art 14 inklusive seiner Überschrift lautet:

“ENTRY INTO FORCE AND TRANSITIONAL PROVISION

The Vienna Investment Mediation Rules 2021 entered into force on 1 July 2021 and apply to all proceedings commenced after 30 June 2021. This version of the Vienna Investment Mediation Rules 2021 as amended by the resolution of the Extended Presiding Committee of the Austrian Federal Economic Chamber dated 27 November 2024, enter into force on 1 January 2025 and apply to all proceedings commenced after the 31 December 2024 (“Vienna Investment Mediation Rules 2021 in the version of 1 January 2025).”

III.c. Annexes to the VIAC Rules of Investment Arbitration and Mediation:

9. In Annex 1 MODEL CLAUSES folgt nach der Überschrift MEDIATION CLAUSES folgender Text:

„Parties may agree to submit to mediation or other alternative dispute resolution methods in accordance with the Vienna Investment Mediation Rules any dispute, including under a contract, treaty, statute or other instrument and involving a State, State-controlled entity or intergovernmental organization.

Where the parties wish to submit a dispute to mediation or other alternative dispute resolution methods in accordance with the Vienna Investment Mediation Rules, they may insert a mediation clause in one of the following forms (The headings do not constitute part of the clause. Words/blanks in square brackets should be deleted/completed as appropriate):

Model Clause 1: Mediation Agreement to be Inserted into a Contract

The parties agree with regard to all disputes or claims arising out of or in connection with this contract, including disputes as to its validity, breach, termination or nullity, to conduct mediation proceedings in accordance with the Rules of Investment Mediation (Vienna Investment Mediation Rules) of the Vienna International Arbitral Centre (VIAC) of the Austrian Federal Economic Chamber.

Model Clause 2: Agreement to Refer an Existing Dispute to Mediation

The parties agree with regard to all disputes or claims in connection with the specific dispute described below to conduct mediation proceedings in accordance with the Rules of Investment Mediation (Vienna Investment Mediation Rules) of the Vienna International Arbitral Centre (VIAC) of the Austrian Federal Economic Chamber (VIAC): [description of the dispute].

SUPPLEMENTARY TERMS TO THE MEDIATION CLAUSES

The parties may also wish to stipulate the following:

(1) *Number of Mediators (if more than one mediator is agreed upon)*

The number of mediators shall be: [insert number (e.g. two)]. The rules of appointment apply to each mediator.

(2) *Location of the Mediation Sessions*

The location of the mediation sessions shall be:

- [insert location].
- determined by the mediator.

(3) *Language*

The language(s) to be used in the mediation proceedings is/are: [insert language(s)].

(4) *Appointment of the Mediator*

The mediator[s] shall be

- [insert name(s)], subject to confirmation by the Secretary General of VIAC or the VIAC Board in accordance with the Vienna Investment Mediation Rules. If they are not confirmed, the appointment shall be made in accordance with the Vienna Investment Mediation Rules.
- jointly nominated by the parties. If the parties do not agree on the mediator[s], the appointment shall be made by the VIAC Board in accordance with the Vienna Investment Mediation Rules.

(5) *Qualifications of the Mediator*

The mediator[s] shall have

- the appropriate qualifications to perform their function[s].
- the appropriate qualifications as well as the following qualifications: [insert qualifications specified by the parties].

If the VIAC Board appoints, the appropriate qualifications shall be deemed to be given if the mediator[s] are listed on the VIAC List of Practitioners in International Mediation and ADR and the VIAC Board has no doubts as to the ability of the mediator[s] to duly carry out their mandate.

(6) Supplementary Arbitral Proceedings

The parties agree that, if one party wishes to resolve their disputes or claims outside of mediation, these shall be finally settled in accordance with the Rules of Arbitration (Vienna Rules) of the Vienna International Arbitral Centre of the Austrian Federal Economic Chamber (VIAC) by one or three arbitrators appointed in accordance with these Rules.

(7) Exclusion of Parallel Proceedings

The parties agree to first refer any disputes or claims under this agreement to mediation. Only if it has not been resolved by mediation within [insert a time limit (e.g. 90 days up to a maximum of six months)] from commencing the proceedings as defined in the Vienna Mediation Rules, this dispute or claim may be initiated or continued in court, arbitral, or other proceedings with the exception of proceedings to obtain provisional or protective measures.“

10. Die Fußnoten zu Annex 1 MODEL CLAUSES entfallen.

11. In Annex 3 SCHEDULE OF FEES werden die Überschriften „Registration Fee“ und „Administrative Fees“ um die Beifügung „for Arbitral Proceedings“ ergänzt.

12. In Annex 3 SCHEDULE OF FEES lautet die Fußnote zur Überschrift „Registration Fee for Arbitral Proceedings“:

„See Article 10 Vienna Investment Arbitration Rules“.

13. In Annex 3 SCHEDULE OF FEES lautet die Fußnote zur Überschrift „Administrative Fees for Arbitral Proceedings“:

„See Article 44 paragraphs 2 and 4 Vienna Investment Arbitration Rules“.

14. In Annex 3 SCHEDULE OF FEES wird nach der Kostentabelle für die „Administrative Fees for Arbitral Proceedings“ und vor der Kostentabelle für „Fees for Sole Arbitrators“ Folgendes eingeschoben:

„Fees for Mediation Proceedings

Registration Fee	EUR
Flat rate	500

Administrative Fees		
Amount in dispute in EUR		Maximum Rate in EUR
from	to	
	500,000	2,000
500,001	5,000,000	5,000
over 5,000,001		10,000

"

15. In Annex 3 SCHEDULE OF FEES lautet die Fußnote zur Überschrift "Fees for Mediation Proceedings":

„See Article 4 Vienna Investment Mediation Rules; Article 8 paragraph 1 and 4 Vienna Investment Mediation Rules“.

16. In Annex 3 SCHEDULE OF FEES lautet die Fußnote zur Überschrift "Fees for Sole Arbitrators":

„See Article 44 paragraphs 2, 4, 8 and 11 Vienna Investment Arbitration Rules in particular“.
